

# Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1268, Raben & Comp. Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Hauptk. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, W.G., Dresden, Gebrüder Kersch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilungen in dringender Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Stellen, das der Verleger der Dresdener Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung

Abonnementspreis mit der üblichen Unterhaltungsabgabe: 1. Vierteljährlich 2.40 M., einjährig 4.50 M., Bringerlohn. (Ohne Bringerlohn) 2. Vierteljährlich 2.00 M., einjährig 3.50 M., Bringerlohn. Postbezug nur per Postanweisung 1.80 M. auswärts Post- und Zuzahlungsgeldern.

Verkaufsstelle: Bettendorferstr. 10, Bernsdorfer Nr. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferstr. 10, Bernsdorfer Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Spaltenbreite 85 Pf., die 20 mm breite Spaltenbreite 70 Pf., für auswärts 40 Pf. u. 2.00 M., abgültig Preisentwurf laut Tarif, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelr. 10 Pf.

Nr. 235

Dresden, Donnerstag, den 6. Oktober 1932

43. Jahrgang

## Braune Waffennester in Sachsen

### Hausdurchsuchungen bei den Nazis um Zwickau - 25 Verhaftungen

Als in Südwestsachsen beim Reichsbanner einige Tausend Revolver gefunden worden waren, machte die Nazi-Partei einen ungeheuren Lärm. Wie berechtigt er war, zeigen folgende Meldungen:

**wth. Zwickau, 6. Oktober.** Eine Waffendurchsuchung bei Mitgliedern der NSDAP in den Orten Zwickau, Werdau, Glauchau, Planitz und Oberhohndorf förderte im ganzen 20 Handfeuerwaffenstücke. 50 Personen wurden zunächst festgenommen, die Hälfte von ihnen wurde jedoch wieder entlassen.

**wsl. Zwickau, 6. Oktober.** Wie wir bereits berichteten, ist gegenwärtig in der Gegend von Zwickau und

Glauchau eine umfangreiche Waffendurchsuchung im Gange. Die Durchsuchungen haben jetzt einen gewissen Abschluß gefunden. Es wurden bei Anhörern der NSDAP im ganzen etwa 20 Handfeuerwaffen verschiedener Systeme gefunden. 50 Personen wurden festgenommen, die Hälfte davon aber wieder entlassen. Gegen 25 Personen ist richterlicher Haftbefehl erlassen worden.

Uns scheint dieses Waffensuchen bei den Nazis sehr mangelhaft. Bei gründlicher Nachforschung würde sich herausstellen, daß für den größten Teil der W. Waffen bereit liegen. Wir wünschen also der deutschen, vor allem aber der sächsischen Polizei bessere Erfolge als bisher. (Die Vormeldungen siehe Seite 8.)

## Die neue Etappe

### Und die Hilflosigkeit der SPD.

Mit der Übertragung der gesamten Staatsgewalt auf den außerparlamentarischen Machtparagrafen des Militärs und der Paratragie ist ohne Zweifel die geschichtliche Etappe des proletarischen Kampfes in Deutschland zum Abschluß gelangt. Der Kampf nach einer Neuorientierung der Kampfziele, der Kampfmethoden, der Kampfführung zeigt sich in allen Sparten, an allen Frontabschnitten der proletarischen Bewegung. In dieser neuen Etappe und der verhängnisvollen Rolle der Kommunisten schreibt A. G. in der Chemnitzer Volksstimme:

Wandlungen in dem inneren Aufbau und der konkreten Zielrichtung der proletarischen Bewegung vollziehen sich nie so, daß irgendwo oben auf der Kommandoebene der Kapitän neue Kampfparolen in den Schalltrichter hineinbrüllt und irgendwo unten eine lang- und langsam auf Befehl parierende Truppe in Reih und Glied febril macht und sich neu formiert. Solche Wandlungen sind stets Ergebnisse eines langsam, dem einzelnen häufig verborgenen Wandens, und es ist die Aufgabe des bewußten, zielstrebigen Kerns der Gesamtbewegung, vor allem Klarheit und immer wieder Klarheit in diese Umstellungsprozesse hineinzutragen. Wer über diesen beginnenden Umstellungsprozeß schon wieder als „Manöver der Sozialdemokratie“ in der Meinung der Arbeiterklasse herabzuliegen versucht, der fördert nicht die Klärung des proletarischen Bewußtseins, sondern verarmt den Weg zur weiteren Aufwärtsentwicklung; wer das tut, der trägt nicht dazu bei, den proletarischen Kampf auf einem günstigeren, besseren Boden und in größerem, durchschlagenderem, Erfolg versprechendem Maßstab zu entfalten, sondern zerflücht den Kampfboden, den sich die Arbeiterklasse mühsam neu erringt, und macht jede Entfaltung der proletarischen Stämme unmöglich; wer das tut, wirkt daher nicht revolutionär, sondern gegenrevolutionär, ist nicht radikal, sondern reaktionär, ist nicht eine Auftriebskraft für die Gesamtbewegung, sondern ein Bremsklotz, der jeden weiteren Schritt der Bewegung zunichte macht. Das ist die äußerste reaktionäre Aufgabe, die in der gegenwärtigen Situation zum schwersten Schaden der Arbeiterklasse wieder einmal die SPD. erfüllt, und es ist notwendig, diese verhängnisvolle Rolle der Kommunisten an Hand der wichtigsten Kampfsaktionen, vor denen wir stehen, aufzuzeigen.

Es ging los, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Forderungen für den Umbau der Wirtschaft, ihre Sozialisierungsanträge beschloß. Da hob das Geschrei an über den neuerlichen Verrat, das „widerwärtige Ablenkungsmanöver“, die „Abwägungsstrategie“ der Sozialdemokratie. Zwei Gründe sind es, die die SPD. gegen die Sozialisierungsanträge der Sozialdemokratie ins Feld führt. Der eine Grund ist — die Vergangenheit, der andere die in den Anträgen vorgesehene Entschädigung der zu enteignenden Kapitalisten. Wir haben keine Veranlassung, einer Diskussion über die Vergangenheit aus dem Wege zu gehen; alle wirklichen und vermeintlichen Fehler der Sozialdemokratie sind gestiegen, vertieft und verewigt worden durch das Verbrechen der Spaltung, die Tat der SPD., an der sie bis auf den heutigen Tag unentwegt festhält. Das ist nicht nur Vergangenheit, das ist leider lebendige Gegenwart. Ist es nicht die gründlichste Selbstenttarnung, die eine Partei je befehlen kann, wenn sich die SPD. jetzt mit verbissener Wut gegen die Sozialisierungsanträge der Sozialdemokratie wendet, weil sie — nicht früher gekommen seien?

Von einer erschütternden Naivität ist auch der andere Grund, den die SPD. zur „Entlarvung“ unserer Anträge anführt. Daß nach diesen Anträgen Entschädigungen in irgendeiner Form an die zu enteignenden Kapitalisten gezahlt werden sollen, macht es den Kommunisten, will man ihnen Glauben schenken, zur Pflicht, diese Anträge als „Täuschung der Arbeiter“ zu brandmarken. Nun kann man genötigt über die Einzelheiten der sozialdemokratischen Anträge streiten, manche Bestimmungen kann anders und besser formuliert werden. Indes ist die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Sozialisierungsanträge keine andere als die, den Gedanken des Sozialismus wieder lebendig zu machen in den Arbeitermassen, eine Mobilisierung der proletarischen Kräfte zu erzielen im Kampf um ein Sozialisierungsprogramm, wie immer seine Einzelbestimmungen auch ausfallen mögen. Sind aber die Massen einmal mobil geworden im Kampf um die Verwirklichung des sozialistischen Programms, so gehört schon die ganze Theorienlaubbildung der

## Adelswirtschaft in Preußen

### Druck auf den Staatsgerichtshof

Am 10. Oktober findet vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig die Hauptverhandlung über die Klage des Landes Preußen gegen die kommissarische Regierung statt. Am 1. Tage vor dem Termin hat die kommissarische Verwaltung in Preußen einen neuen großen Beamtenstuhlbewerben. Nachdem schon vor längerer Zeit die Oberbeamten von allen Beamten gereinigt worden sind, die sich zum Volksstaat bekennen, sind nunmehr in den Regierungspräsidien und den Polizeipräsidien Angehörige der bisherigen Koalitionsparteien und Beamte, die im Verdacht fortschrittlicher Gesinnung stehen, durch wackelnde Reaktionen ersetzt worden. Die kommissarische Verwaltung hat sich bereit, diesen Beamtenstuhlbewerben vor dem Spruch des Staatsgerichtshofes in Leipzig vorzunehmen. Was man hat, das hat man.

Die reaktionären Freunde der kommissarischen Verwaltung können feststellen, daß für sie die neuen Machtgeber in Preußen gehalten haben, was von ihnen erwartet wurde. Nach vor kurzem erst hat beispielsweise die kommissarische Verwaltung den Ministerialdirektor Robis zum Staatssekretär ernannt. Herr Robis hatte es um Herrn Reich verdient. Am 20. Juni, als der Streik gegen die rechtmäßige Regierung in Preußen geführt wurde, verließ Herr Robis unmittelbar nach der bekannten Unterredung in der Reichskanzlei seine Minister und verfügte sich in das Zimmer des Herrn v. Papen. Er ging loszugesagten Reden und mit fliegenden Redeschöpfen von der rechtmäßigen

Regierung zu den neuen Machtgebern über. Er hat seine Ernennung wohl verdient!

Die Leute, die jetzt von der kommissarischen Verwaltung an ausschlaggebende Posten der Verwaltung gestellt worden sind, sind Leute von meist deutschnationaler Gesinnung, bewährte Anhänger des Obrigkeitsstaates und Begner des Volksstaates. Ueberblickt man ihre Verhältnisse, so erkennt man, wie der Wahnsinn des Obrigkeitsstaates als Auswahlsprinzip wirksam gewesen ist. Unter diesen Leuten befinden sich nicht weniger als elf Adlige. Das Kabinett der Barone und seine Filiale in Preußen sorgen dafür, daß die Homogenität zwischen der Barone in der Spitze und der Barone in der Verwaltung hergestellt wird. Sie werden bald wieder sagen können: Lang uns mangt es feiner mang, der nicht mang uns mang gehört!

Vielere neue große Beamtenstuhlbewerben in Preußen ist selbstverständlich eine bewußte Demonstration gegenüber der Verfassungsfrage der rechtmäßigen Regierung und dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Es wird damit ziemlich unmissverständlich zu verstehen gegeben: Wir sitzen in der Macht, und der Staatsgerichtshof in Leipzig kommt erst in zweiter Linie.

Oder sollte es die Absicht sein, in solchem Umfange vollendete Tatsachen zu schaffen, daß von diesen Tatsachen ein unbewußter Einfluß auf die Urteilsfindung des Staatsgerichtshofes ausgehen muß? Wie dem auch sei: Auf diese Art und Weise wird von den Kräften des Obrigkeitsstaates für die Zukunft eine sehr ernste Auseinandersetzung zwischen dem Machtbündel eines der Vergangenheit angehörenden Systems und dem Volke vorbereitet!

## Streikrecht bei Lohnabzug!

### Grundsätzliche Entscheidung eines Arbeitsgerichts

**SPD. Remscheid, 5. Oktober.** (Eig. Drahtb.) Das Alexanderwerk in Remscheid hatte am 23. September der 700 Mann starken Belegschaft durch Anschlag bekanntgemacht, daß vom Montag, dem 26. September, an laut Rotverordnung ein Lohnabzug für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde in Höhe von 50 Prozent in Kraft treten solle. Die Belegschaft hat an jenem Tage den Betrieb zwar betreten, aber die Arbeit nicht aufgenommen, was von der Direktion mit fristloser Entlassung der ganzen Belegschaft beantwortet wurde.

Die Direktion hatte beim Arbeitsgericht in Remscheid Verweigerungsklage angehängt und beantragt, den Anschlag als rechtmäßig anzuerkennen, ebenso die fristlose Entlassung als rechtmäßig zu bestätigen und ferner den Betriebsrat zur Schadenersatzleistung zu verurteilen. Mit ungeheurer Spannung wurde von allen Seiten der Arbeitsgerichtsverhandlung im Remscheid am Mittwoch entgegensehen, die von den maßgebenden Organen des Unternehmertums im voraus als grundsätzlich bezeichnet worden war. Die Klage der

Direktion wurde in allen drei Punkten vom Arbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen.

## Eine widersprechende Verfügung

### Streikunterstützung verboten!

**S. Leipzig, 6. Oktober.** (Eig. Funkl.) Die Leipziger Großbuchbinderei Sieck & Co. hat beim Amtsgericht Berlin eine einseitige Verfügung gegen den Verband der Buchbinder und Verleger durchgesetzt, wonach der Gewerkschaft verboten wird, den in Streik getretenen Arbeitnehmern der Firma direkte oder indirekte Unterstützung zu gewähren.

Von wsl. wird dazu noch gemeldet, daß den Gewerkschaften aufgegeben wird, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der betroffenen Firma der bisherige Zustand durch Aufforderung der Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit wieder herbeigeführt wird. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird Geldstrafe in unbefristeter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten angedroht.“